

## RUNDSCHREIBEN 1967/2

### 57. Deutscher Bibliothekartag

In der Zeit vom 16. bis 20. Mai 1967 vereinigte der 57. Deutsche Bibliothekartag in Aachen rund 600 Teilnehmer der beiden tagenden Vereine. Am 16. 5. vormittags fanden die Vereinsausschußsitzungen des VDB sowie die Vorstands- und Beiratssitzung unseres Vereins statt. Am Nachmittag traten die im Tagungsprogramm aufgeführten Kommissionen zu ihren Arbeitssitzungen zusammen. Abends trafen sich bereits zahlreiche Tagungsteilnehmer im „Haus des Deutschen Ostens“ zu einem zwanglosen Beisammensein, wobei es manches freudige Wiedersehen gab zwischen Kolleginnen und Kollegen aus allen Teilen der Bundesrepublik. Auch wurden erste Fachgespräche geführt.

Die feierliche Eröffnung der Arbeitstagung im Auditorium maximum des Hörsaalgebäudes der Technischen Hochschule vereinte die Tagungsteilnehmer mit zahlreichen Ehrengästen und offiziellen Vertretern des Landes Nordrhein-Westfalen, der Stadt und der Technischen Hochschule Aachen, von Ministerien, Universitäten, Behörden, Körperschaften, Kirchen und interessierten Verbänden des In- und Auslandes. Vertreten waren auch, entsprechend der Bedeutung der Veranstaltung, Presse, Rundfunk und Fernsehen.

Der Vorsitzende des VDB, Bibliotheksdirektor Dr. H. Lohse, Dortmund, eröffnete die Tagung namens beider Vereine, wobei er die Tagungsthemen erläuterte und auf die bedenkliche Situation der Bibliotheken infolge der finanziellen Restriktionen hinwies.

Grußworte sprachen sodann Staatssekretär Prof. Dr. Lübbecke als Vertreter der Landesregierung von NRW, ferner der Rektor der TH Aachen, Professor E. Kühn, namens der Stadt Aachen Oberstadtdirektor Dr. Kurre, Bibliotheksdirektor Dr. Sberkrib, Bielefeld, für die befreundeten bibliothekarischen Verbände und last not least Hofrat Dr. König, Wien, im Namen aller ausländischen Gäste.

Den Festvortrag hielt Professor Dr. Ritter, Münster, der den Gründungsausschüssen aller neuen Universitäten angehört hat, über das Thema „Universität und Bibliothek“. In geistvollen Ausführungen gab er einen historischen Rückblick auf die auf Universalität ausgerichteten alten Lehr-Universitäten, denen er die Hochschul-Neugründungen gegenüberstellte, die ihre Aufgaben zwangsläufig in Schwerpunktbildung und Konzentration auf bestimmte Forschungsgebiete sehen mußten. Er umriß dabei die Probleme und Aufgaben der wissenschaftlichen Bibliotheken und versuchte, ein neues Verhältnis zwischen Universität und Bibliothek unter den neuen Gegebenheiten aufzuzeigen, wobei er auch das Problem von Zentral- und Institutsbibliotheken behandelte. Seine Perspektiven für die Zukunft waren zweifellos richtungweisend. Er schloß seine Ausführungen mit einem „Anruf zur Aktivität und Rüstung, um dem Kommenden gewachsen zu sein“.

Anschließend sprach Bibliotheksdirektor Professor Dr. Grunwald, Göttingen, über „Klassifikationstheorie“. Speziellen Fachthemen galten auch die weiteren Vorträge und Referate im Ver-

lauf der Tagung, die im übrigen durch Besichtigungen der Aachener Bibliotheken, Museen und Ausstellungen bereichert wurde. Es würde im Rahmen dieses Rundschreibens zu weit führen, über alle behandelten Themen im einzelnen zu berichten, zumal die wichtigsten Vorträge wohl in der ZfBB zum Abdruck gelangen werden. Zum allgemeinen Tagungsablauf, der dank des vorbildlichen Einsatzes des Aachener Ortskomitees pünktlich und reibungslos vonstatten ging, seien noch erwähnt der unvergeßliche Abend im Dom mit der herrlichen Orgelmusik, der Theaterabend und der harmonisch verlaufene Festabend im Neuen Kurhaus bei Musik und Tanz, sowie die abschließenden Besichtigungsfahrten am 20. 5. Die größte Gruppe fuhr mit 7 Bussen nach Brüssel, um die Bibliothèque Royale de Belgique, die Bibliothek von Euratom und die Bibliothek des Goethe-Instituts zu besichtigen. Eine kleinere Gruppe besuchte in Lüttich einige Museen und die UB, in der die Direktorin, Mme. Gobeaux-Thonet, die Gäste in deutscher Sprache begrüßte und großzügig bewirten ließ; anschließend ging es nach Maastricht, wo zwei wundervolle alte Kirchen besichtigt wurden. Diese Fahrt wurde von zwei sachkundigen Begleitern von der BTH Aachen geleitet, die sich auch als kunstgeschichtlich versierte Führer bewährten. Eine kleine Gruppe besuchte die ZB der Kernforschungsanlage in Jülich.

### Zur Mitgliederversammlung 1967

soll hier ein ausführlicher Bericht gegeben werden, um alle Mitglieder, die nicht selbst in Aachen anwesend sein konnten, nachträglich über ihren Verlauf zu informieren. Die Versammlung fand am 18. 5. im Grünen Hörsaal des Hörsaalgebäudes der TH Aachen statt. Es nahmen daran rund 160 Mitglieder sowie einige Gäste teil. Sie wurde um 9.15 Uhr durch den Vorsitzenden, H. Kaller, mit der Begrüßung eröffnet, wobei als vertrauter Gast der Bundesgeschäftsführer des Deutschen Beamtenkartells, Oberregierungsrat a. D. H. Lumm, namentlich genannt wurde. Von der Ehrenvorsitzenden, Frau A. Reinhardt, die selbst nicht anwesend sein konnte, wurden deren schriftliche Grüße und Wünsche übermittelt. Die im Jahr 1966 verstorbenen Mitglieder ehrte die Versammlung durch Erheben von den Plätzen, während der Vorsitzende in ehrenden Worten der Verdienste der Verstorbenen gedachte. Es waren dies:

Helene Oschmann, Stuttgart,  
Otto Grade, Berlin,  
Wolfgang Schindler, Göttingen.

Gemäß der Tagesordnung (angezeigt im Rundschreiben 1967/1) erstattete der Vorsitzende sodann den Jahresbericht 1966/67 wie folgt:

„Der in der Mitgliederversammlung 1966 in Hannover neugewählte Vorstand hat gemäß § 6 Abs. 2 unserer Vereinssatzung am 1. Juli 1966 seine Tätigkeit aufgenommen, nachdem zuvor die einzelnen Sachbearbeiter (Schriftführerin, Kassenwartin und Vorsitzender) von ihren Vorgängern ordnungsgemäß die Geschäfte

übernommen hatten. Die Überführung des Geschäftszimmers von Frankfurt nach Karlsruhe erfolgte in den ersten Julitagen und erforderte zunächst von dem neuen Vorstand eine Sichtung des übergebenen Materials.

Es war uns natürlich unmöglich, die zahlreichen, übergebenen Akten im einzelnen durchzusehen; vielmehr mußten wir uns darauf beschränken, die wichtigsten Unterlagen durchzuarbeiten, um die laufenden Geschäfte sinnvoll weiterführen zu können. Vom ersten Tag an wurden wir zudem reichlich mit Post eingedeckt, deren Erledigung einen erheblichen privaten Zeitaufwand nötig macht. Dabei sind die Prospekte am raschesten zu verarbeiten; eine Anfrage aus Japan über die Struktur des deutschen Bibliothekswesens erfordert dagegen wesentlich mehr Zeit; viele Anfragen kommen von Abiturientinnen und betreffen unsere Berufsausbildung; zahlreich sind die Briefe aus Mitgliederkreisen, die sich an den Vorstand wenden mit der Bitte um Ratschläge, Hilfe und Vermittlung in Berufs- und auch in ganz persönlichen Fragen. Daß wir uns besondere Mühe geben, solche vertrauensvollen Zuschriften nach Möglichkeit rasch und positiv zu beantworten, versteht sich von selbst. Auch manche persönlichen Besuche ratsuchender Mitglieder gehören zu unserem Arbeitsgebiet.

Diese Dinge seien aber nur am Rande erwähnt. Der Schwerpunkt unserer Arbeit liegt bekanntlich auf berufspolitischem Gebiet, auf dem zur Zeit so viele Dinge im Umbruch sind, daß nicht nur der Vorstand, sondern alle Mitglieder größte Aufmerksamkeit und Energie darauf verwenden sollten, wachsam zu bleiben, um unsere Interessen wirksam wahrnehmen zu können. Unsere — in mancher Beziehung unter günstigeren Vorbedingungen um die Verbesserung ihrer beruflichen Situation kämpfenden — Kollegen des Dienstes an öffentlichen Büchereien unternehmen gegenwärtig auf breiter Front alle Anstrengungen, um eine einheitliche Ausbildung und wertgerechte Einstufung ihres Dienstes zu erreichen. Wir verfolgen ihre Bemühungen mit Verständnis und Sympathie. Wir selbst streben seit langem eine ähnliche Entwicklung an, wobei wir uns leider mitunter noch den von anderen Interessen bestimmten Meinungen der eigenen Dienstvorgesetzten gegenübersehen. Um so intensiver und um so zäher müssen wir die von uns als richtig und nötig erkannten Ziele verfolgen. Eine unbedingte Voraussetzung dazu ist die Bestimmung unseres eigenen beruflichen Standortes innerhalb des gesamten bibliothekarischen Geschehens, aber auch im Rahmen der Gesamtstruktur des Arbeitslebens überhaupt. Diese Voraussetzung sollte durch die Erarbeitung eines „Berufsbildes“ geschaffen werden. Welche Bedeutung wir dieser Frage beimessen, ersehen Sie aus der Tatsache, daß die vereinsinterne „Kommission für Berufs- und Ausbildungsfragen“ am 19. 11. 1966 in Karlsruhe getagt hat, daß ferner ein kleines Redaktionskomitee am 18. 3. 1967 in Frankfurt zusammengetreten ist, und daß wir dieser Frage im Rahmen der heutigen Mitgliederversammlung einen eigenen Punkt der Tagungsordnung widmen wollen, zu dem Sie nachher Näheres hören werden.

Parallel dazu ist es unerlässlich, auch die besoldungs- und tarifrechtliche Entwicklung sorgfältig zu verfolgen. Auf Beschluß der Mitgliederversammlung 1966 wurde eine achtköpfige vereinsinterne „Kommission für Besoldungs- und Tariffragen“ gebildet, die sich paritätisch aus vier Mitgliedern im Beamten- und vier Mitgliedern im Angestelltenverhältnis zusammensetzt. Die Bildung dieser Kommission hat sich etwas verzögert, da einige angeschriebene Kollegen sich aus verschiedenen Gründen nicht zur Mitarbeit entschließen konnten, so daß wir andere Mitglieder dazu bitten mußten. Die Kommission ist in der neuen Besetzung erstmals am 16. Mai hier in Aachen zusammengetreten, wenn auch leider in Abwesenheit ihres erkrankten Vorsitzenden. Sie war jedoch bis dahin nicht untätig insofern, als ihr Vorsitz in den bewährten, sachkundigen Händen unseres früheren langjährigen Vorstandsmitgliedes Schröder liegt.

Sie werden verstehen, daß es der neue Vorstand als Glücksfall angesehen hat, daß Kollege Schröder vor etwa zwei Jahren von

Bremen nach Karlsruhe übergewechselt ist, wo er die Leitung der Gewerbebücherei übernommen hat. Es lag nahe, dem Verein die Mitarbeit eines so erfahrenen Vereins- und Berufskollegen zu erhalten. Es war aber auch eine Selbstverständlichkeit, seinen bisherigen Verdiensten um die Vereinsführung Rechnung zu tragen, nachdem er sich dank unserer langjährigen freundschaftlichen Zusammenarbeit auf meine Bitte hin ohne Bedingungen bereiterklärt hat, uns weiterhin zu unterstützen. Der Vorstand hat deshalb auf meinen Vorschlag hin einstimmig beschlossen, dem Kollegen Schröder gemäß § 7 Abs. 4 unserer Satzung den Status eines Geschäftsführers des Vereins zu geben. In einer vorläufigen Geschäftsordnung wurden seine Kompetenzen und Aufgaben festgelegt, nach denen er zwar nicht Mitglied des Vorstandes ist, wohl aber im Auftrag und im Namen des Vorstandes korrespondieren und Verhandlungen führen kann. Dies schien uns insofern wichtig, als er während seiner Tätigkeit als Vorsitzender gute Verbindungen angeknüpft hat, die wir uns auch für die nächste Zeit sichern wollten. U. a. hat er auch die Bearbeitung aller besoldungs- und tarifrechtlichen Fragen und Anfragen übernommen, ebenso z. B. die Auswertung unserer Umfrage bezüglich der Angelegenheiten. Er hat den Vorstand bisher wirksam unterstützt bei den langwierigen, aber zielstrebigem Bemühungen um die Verbesserung der tariflichen Bedingungen für unsere angestellten Kollegen. Über diese Fragen werden Sie anschließend in Ergänzung meines Jahresberichtes einen Bericht Schröders hören, außerdem wird auch Herr Oberregierungsrat Lumm zu diesem Thema Stellung nehmen.

Ein weiterer Schwerpunkt von besonderer Bedeutung ist die Zusammenarbeit unseres Vereins mit den anderen bibliothekarischen Fachverbänden. In der Bundesrepublik sind dies die folgenden:

der Verein Deutscher Bibliothekare  
der Verein Deutscher Volksbibliothekare  
und unser Verein als die Berufsvertretungen der drei Fachsparten,  
ferner als Bibliotheksverbände:  
der Deutsche Büchereiverband und  
der Verband der Bibliotheken des Landes NRW.

Diese fünf Vereine haben 1963 in Marburg eine informatorische und praktische Zusammenarbeit dahingehend beschlossen, daß jeweils die Vorsitzenden in gemeinsamen Besprechungen alle interessierenden Fragen miteinander diskutieren und ihre Maßnahmen gegenseitig abstimmen sollten. Ich selbst habe erstmals an einer solchen Sitzung am 27. Februar 1967 in Frankfurt teilgenommen. Hauptpunkt dieser Beratung war die Ausrichtung der IFLA-Tagung 1968 in Frankfurt a. M. Für neue Mitglieder sei erläutert, daß die „International Federation of Library Associations“ die internationale Organisation aller bibliothekarischen Fachverbände ist. Es ist als Auszeichnung für das deutsche Bibliothekswesen und als Anerkennung seines Wirkens anzusehen, daß die IFLA-Tagung für 1968 nach Deutschland vergeben worden ist. Unsere Verbände sehen sich nun vor der Aufgabe, diese Tagung gemeinsam vorzubereiten und durchzuführen. Es wurde ein Gremium aus Frankfurter Kollegen als Ortskuratorium gebildet; als federführend wurde der „Verein Deutscher Bibliothekare“ gewählt. Da er jedoch im Namen aller Verbände agieren, Zuschüsse beim Bund und Land Hessen beantragen und Einladungen usw. versenden muß, hat sich die Konferenz der Vorsitzenden die Bezeichnung „Deutsche Bibliothekskonferenz“ gegeben, unter der sie zunächst für diese Aufgabe tätig sein wird. Ferner wurde beschlossen, daß sie künftig jährlich zweimal zusammentreten solle. Uns scheint das eine wesentliche und günstige Vorbedingung zu sein auch für die Lösung weiterer, das deutsche Bibliothekswesen insgesamt und die Bibliothekare als solche betreffende Fragen. Wir sind deshalb an dieser Zusammenarbeit lebhaft interessiert und wollen im Rahmen unserer bescheidenen Möglichkeiten unser Bestes dazu beitragen. Wir haben gestern bei der Eröffnungssitzung

durch die Sprecher der anderen bibliothekarischen Verbände gehört, daß auch ihre Vereine diese Zusammenarbeit als notwendig begrüßt haben.

Unser Bemühen um Zusammenarbeit erstreckt sich aber nicht nur auf den innerdeutschen, sondern ebenso auch auf den internationalen Sektor. Unser Verein gehört seit Jahren der IFLA als Mitglied an und er entsendet regelmäßig Vertreter zu den IFLA-Tagungen, die jährlich stattfinden. 1966 fand die Tagung in Den Haag-Scheveningen statt. Als Delegierte unseres Vereins haben teilgenommen Frau Dihle, Berlin, Fräulein Lüdtke, Mainz und Herr Randel, Hamburg. Der Bericht darüber wurde in unserem Vereins-Rundschreiben 1966/4 veröffentlicht. 1967 wird die Tagung in Toronto/Kanada stattfinden. Die hohen Reisekosten erlauben dem Verein in diesem Jahr leider nur die Entsendung von einer offiziellen Delegierten; das wird Frau Tiedemann sein. Allerdings haben sich noch eine ganze Anzahl Kolleginnen auf eigene Kosten zur Teilnahme an dieser sicher einmalig schönen Reise angemeldet.

In diesem Zusammenhang möchte ich einen Wunsch der Universitäts-Bibliothek Strassbourg bekanntgeben, die gerne für 1—2 Jahre zwei junge deutsche Diplombibliothekarinnen bei sich beschäftigen möchte. Interessentinnen können durch den Vorstand Näheres erfahren.

Erwähnt sei noch, daß ich unseren Verein beim Festakt anlässlich der Einweihung des Neubaus der Bayerischen Staatsbibliothek am 27. 10. 1966 in München vertreten habe.

Nun zu den vereinsinternen Dingen: Die Mitgliederversammlung 1966 hat auf Antrag der Gruppe Hannover die Frage erörtert, ob es nicht empfehlenswert sei, „daß sich ein Mitglied des Vorstandes im Angestelltenverhältnis befindet, um sich der Interessen der Angestellten mit mehr Nachdruck annehmen zu können“. Der Vorstand hatte versprochen, zu prüfen, ob diese Notwendigkeit zwingend sei und etwa in den Satzungen des Vereins zu verankern sei. Wir haben diese Frage ernsthaft und eingehend erörtert und sind zu folgendem Ergebnis gekommen: Die Interessen der Angestellten werden von dem derzeitigen Vorstand mit allem Nachdruck vertreten; wir glauben nicht, daß ein angestelltes Vorstandsmitglied mehr hätte tun können; wir glauben vielmehr, daß wir als Beamte überzeugender für die Angestellten eintreten können, als die Angestellten dies selbst tun könnten, da Beamten nie der Vorwurf gemacht werden kann, sie sprächen pro domo. Wir wissen aber auch, wie schwierig jeweils die Bildung eines sachkundigen und arbeitsfähigen Vorstandes ist; würde man die Mitglieder noch durch bestimmte Auflagen hinsichtlich der Person der Kandidaten binden, so würde dadurch die Vorstandsbildung weiterhin erschwert werden. Ich persönlich bin von jeher dafür eingetreten, daß möglichst alle Vorstandsmitglieder am gleichen Ort sein sollten; das ermöglicht rasche, kurzfristig angesetzte Besprechungen und erleichtert die Arbeit und die Beschlussfassung. Eine Erweiterung des Vorstandes würde zu weiterer Dezentralisation führen und den Vorsitzenden verpflichten, laufend mit auswärtigen Vorstandsmitgliedern zu korrespondieren oder zu telefonieren. Das ist unter den jetzigen Voraussetzungen einfach nicht zumutbar. Im übrigen streben wir nach wie vor die völlige Verbeamtung unseres Berufsstandes an, so daß diese Frage eines Tages hoffentlich gegenstandslos werden sollte. Wir meinen daher, daß eine Satzungsänderung nicht empfehlenswert sei. Empfohlen sei aber den Mitgliedern, bei ihren Vorschlägen für die Kandidatur zur nächsten Vorstandswahl gegebenenfalls diese Frage zu berücksichtigen.

Es sei noch erwähnt, daß im vergangenen Jahr 63 Mitglieder neu eingetreten sind; demgegenüber stehen 17 Austritte, zumeist wegen Eheschließung und Pensionierung. Gesamtmitgliederstand jetzt 1150; allerdings ist davon ein erheblicher Prozentsatz nicht mehr berufstätig und zahlt somit keine vollen Beiträge mehr.

Wieviel noch zu tun ist bei der Werbung neuer Mitglieder zeigt deutlich ein einziges Beispiel, das ich hier als Kuriosum anführen möchte: Wir tagen hier erstmals in einer Stadt, in der von über 20 beschäftigten Angehörigen unseres Dienstes nur ein Mitglied unseres Vereins ist, und das erst seit kurzem durch Zuzug von auswärts. Ich kann mir aber nicht denken, daß die anderen an den Problemen ihrer Berufskollegen so desinteressiert sein sollten, daß sie eine Berufsvertretung etwa für unnötig halten. Nur über eine solche kann doch unser Berufsstand als solcher anerkannt werden und an seinem Geschick selbst mitwirken. Ohne eine organisierte Ständevertretung sind wir Einzelbedienstete ohne jeden Einfluß und verschwinden in der Masse. Vielleicht haben sie bisher noch nicht viel von unserem Verein gehört. Das liegt daran, daß wir mit den Beiträgen unserer Mitglieder keine lautstarke Propaganda betreiben, sondern sachliche Arbeit leisten. Jedenfalls freuen wir uns, daß heute einige Aachener Kollegen als Gäste anwesend sind, um sich selbst davon zu überzeugen, was wir tun und was wir wollen. Wir können uns jedenfalls nur dann als legitimierte Vertretung unseres Berufsstandes bezeichnen, wenn wir wirklich eine überwiegende Mehrheit der Berufsangehörigen in unserem Verein wissen. Deshalb möchte ich im Namen des Vorstandes ganz dringend und ernsthaft an alle unsere Mitglieder appellieren, sich in ihren Bibliotheken auch einmal um ihre noch nicht dem Verein angehörenden Kollegen zu bemühen und sie von der Notwendigkeit unseres Zusammenschlusses zu überzeugen. Bitte helfen Sie uns dabei, den Verein als zuständige Berufsvertretung zu stärken.

Zu danken habe ich in erster Linie meinen Kolleginnen des Vorstandes, besonders der Schriftführerin und der Kassenwartin, die jederzeit einsatzbereit waren und sind und die ebenfalls viele freie Stunden für die Vereinsarbeit aufgewendet haben, wodurch sie uns manche Ausgabe für bezahlte Kräfte ersparen konnten. Zu danken habe ich ferner Frau Tiedemann und Herrn Schröder für ihre tätige Mitarbeit, ferner einigen Beiräten und Mitgliedern, insbesondere den Kommissionsmitgliedern, für besonders aktiven Einsatz um unsere gemeinsamen Belange und schließlich Ihnen allen für das Interesse an unserer berufsständischen Arbeit, das Sie durch Ihre Anwesenheit hier bekunden.

Um für unsere Situation Verständnis zu wecken, hat Kollege Schröder auf meine Anregung einen Artikel „Zur Besoldungs- und Tariflage unseres Dienstes“ in der ZfBB 1967, 1 veröffentlicht. Leider ist er durch eine ernste Erkrankung verhindert, diesen Jahresbericht persönlich durch seine Ausführungen zu ergänzen. Er hat jedoch einen schriftlichen Bericht abgefaßt und ich darf Frau Kampers bitten, diesen vertretungsweise hier zu verlesen.“

Frau Kampers verlas sodann den nachstehenden Bericht von D. Schröder:

„Die Lage in der Besoldungsgesetzgebung hat sich gegenüber dem Jahresbericht für 1965/66 nur unwesentlich geändert. Es sind allerdings Änderungen insofern zu erwarten, als der Bundesminister des Innern als Beamtenminister die Besoldungslage in Bund und Ländern durch straffere Vorschriften in der Rahmengesetzgebung auf lange Sicht harmonisieren will. Näheres wird ORR Lumm in seinem Referat sagen.

Für unseren Beruf ist interessant, daß das Saarland im Berichtsjahr ein Besoldungsänderungsgesetz erlassen hat, in dem als letzte Beförderungsstufe des gehobenen Bibliotheksdienstes der „Universitätsbibliotheksoberrat“ (Bes. Gr. A 12a) erschien; damit geht das Saarland in der Besoldungsgesetzgebung gegenüber Bund und Ländern einen Schritt weiter.

Die Verhandlungen über die Einfügung neuer Tätigkeitsmerkmale in den Bundesangestelltentarifvertrag für den gehobenen Bibliotheksdienst sind im Berichtsjahr noch nicht aufgenommen worden. Der Vorstand beobachtet auch hier, unterstützt vom Deutschen Beamtenkartell und den Gewerkschaften, die Lage und läßt sich laufend unterrichten. Die Verhandlungen lassen sich —

das ist unsere feste Überzeugung — nicht mehr lange hinauschieben, denn mit uns warten auch andere Zweige des öffentlichen Dienstes, die in der gleichen Lage sind, auf die Ergänzung der Tätigkeitsmerkmale. Allerdings darf nicht übersehen werden, daß die Dienstherren in einer Zeit haushaltlicher Anspannung nur ungern Verhandlungen beginnen, die höhere Dauerausgaben im Gefolge haben, und Personalausgaben gehören nun einmal dazu.

Dem Vorstand fällt es ebenso schwer, den Mitgliedern die Tatsache mitteilen, wie sie um weitere Geduld bitten zu müssen, weil er einsieht, daß eine Anzahl von Kollegen z. T. längst eine Einstufung über Verg. Gr. IV b hinaus verdient hätte. Auf unsere Bitte im Rundschreiben 1967/1, uns über Einweisung in Verg. Gr. IV b vor dem 1. 1. 1966 zu unterrichten, sind nur 41 Antworten eingegangen. Den Kollegen danken wir dafür. Aus diesen Antworten ging hervor, daß fünf bereits in höhere Vergütungsgruppen als IV b eingewiesen waren, während die übrigen Mitglieder, z. T. schon sehr lange, nach den Sätzen der Verg. Gr. IV b besoldet werden. 24 von ihnen sind über 50 Jahre alt, während nur 5 unter 40 Jahre alt sind. Aber es darf nicht verschwiegen werden, daß eine ganze Reihe unserer Mitglieder die Arbeit des Vorstandes durch Lässigkeit erschwert. Lesen Sie etwa die Rundschreiben nicht? Wir erinnern an die Verhandlungen zum BAT 1959/60; hier wurde uns geantwortet, als wir eine Beförderungsguppe über IV b BAT hinaus verlangten, die in Betracht kommenden Diplombibliothekare seien Beamte und gehörten mindestens der Besoldungsgruppe A 11 an, vergleichbare Angestellte gäbe es nicht. Soll diese Behauptung von unseren Mitgliedern selbst als Wahrheit bestätigt werden? Dem Vorstand sind durchaus Kollegen bekannt, die seit 1960 in die Verg. Gr. IV b BAT und höher eingewiesen wurden, die es aber unterließen, diese Tatsache mitzuteilen. Sie sollten daran denken, daß der Vorstand diese Angaben in ihrem Interesse verwendet und nicht etwa für tote Statistik. Eine Postkarte mit den unserem Rundschreiben entsprechenden Antworten dürfte doch wohl noch übrig sein, um uns so zu ermöglichen, den nun einmal beschrittenen Weg weiterzugehen. Die säumigen Kollegen schädigen mit ihrer Nachlässigkeit nicht nur sich selbst, sondern auch diejenigen, die geantwortet haben.“

Sodann führte der Vorsitzende weiter aus:

„Zu Punkt 2 der Tagesordnung: **D e u t s c h e s B e a m t e n k a r t e l l** ist folgendes zu sagen:

Wie Sie wissen, setzt sich der Bundesvorstand des DBK aus je einem Vertreter aller ihm korporativ angeschlossenen Verbände zusammen. Ich selbst gehöre seit 1963 als Delegierter unseres Vereins dem Bundesvorstand des DBK an. Als ich nun im vergangenen Jahr mit dem Vorsitz unseres Vereins betraut wurde, habe ich gehofft, in Kollegen Schindler, Göttingen, einen für dieses Amt besonders geeigneten und erfahrenen Nachfolger gefunden zu haben. Sein plötzlicher Tod hat diese Hoffnung leider zunichte gemacht. Inzwischen haben sich in der Bundesleitung — die sich aus vier Angehörigen des Bundesvorstandes zusammensetzt — durch Pensionierungen schon einige zwangsläufige Änderungen ergeben und es lag nicht im Interesse des DBK, daß unser Verein seinen Delegiertenwechsel durch eine Notlösung forcierte. Ich habe mich deshalb bereiterklärt, zunächst noch dieses Amt weiterhin mit wahrzunehmen, bis sich hier eine günstige Lösung ergibt.

Ich habe am 17. 9. 1966 an einer Sitzung des Bundesvorstandes in Bad Godesberg teilgenommen, ferner am 26. 4. 1967 an einer Sitzung in Koblenz, die einer Aussprache über beamtenpolitische Fragen mit den angeschlossenen und befreundeten Verbänden galt. Für unsere Belange hat sich das DBK im letzten Jahr erneut und wiederholt eingesetzt, indem es mehrfach beim Bundesinnenministerium vorstellig geworden ist, um zu erfahren, ob bzw. wann mit Verhandlungen der Tarifpartner über die Änderung der Anlage 1 a zum Bundesangestelltentarif zu rechnen sei, bei der wir insbesondere an der Änderung der Tätigkeitsmerkmale für un-

sere Angestellten interessiert sind. Unsere Vorschläge hierzu haben wir Ihnen im Rundschreiben 1966/4 zur Kenntnis gebracht. Das Bundesinnenministerium hat im Dezember 1966 dem DBK mitgeteilt, daß in Bälde mit der Aufnahme entsprechender Verhandlungen zu rechnen sei und daß unsere Belange dabei mit zur Beratung kämen. Unsere Bemühungen um dieses Problem haben Sie aus dem vorhin verlesenen Bericht gehört.

Es gibt aber nicht nur dieses Angestelltenproblem; auch die Beamten des Landes Schleswig-Holstein kämpfen seit langem verzweifelt um eine Verbesserung ihrer Aufstiegsmöglichkeiten, d. h. also ihrer Stellenschlüssel, die im Vergleich zu anderen Ländern, aber auch im Vergleich zu anderen Verwaltungszweigen ihres eigenen Landes, noch katastrophal rückständig sind. Auch hier haben wir das DBK um Mithilfe bei unseren Bestrebungen gebeten, obwohl es für eine Berufsvertretung schwer ist, auf finanzpolitische und haushaltsrechtliche Entscheidungen eines Landes Einfluß zu nehmen. Es ist ein schwacher Trost für unsere Angestellten, daß es auch noch ungerecht behandelte Beamte unseres Dienstes gibt. Aber wir werden uns im Rahmen unserer Möglichkeiten weiterhin bemühen, Einbrüche in verhärtete Fronten zu erzielen. Ein Rezept gibt es dafür nicht, nur ein situationsgegebenes, rasches Taktieren, wo es möglich und sinnvoll scheint. Entsprechende Schritte sind von uns eingeleitet.“

Anschließend machte Oberregierungsrat L u m m interessante Ausführungen über einige wesentliche Punkte des Ersten Gesetzes zur Neuregelung des Besoldungsrechtes, das am 19. 5. 1967 vom Bundestag verabschiedet worden ist und nun dem Bundesrat vorliegt. Es soll am 1. 7. 1967 in Kraft treten. Der Bund hat darin rahmenrechtliche Grundsätze festgelegt, die auch für die Länder verbindlich sein werden. Wichtig ist, daß die Verzahnung in den Spitzenämtern eingeführt ist, d. h., daß die Spitzenstufe einer jeden Laufbahn die Eingangsstufe der nächsthöheren Laufbahn ist. Außerdem wird das Besoldungsdienstalter ab 1. 7. 1967 nach neu festgelegten Vordienstzeiten berechnet werden. Ausgeklammert aus dem Gesetz ist jedoch die Lehrerbildung, da man hierfür noch die Entwicklung in den einzelnen Ländern abwarten will; ferner fehlt noch eine Regelung für Pensionäre, für die ebenfalls eine Regelbeförderung angestrebt wird. Bezüglich der Belange unserer Angestellten wies der Redner darauf hin, daß sich sowohl das BMI als auch die Tarifpartner darüber einig seien, daß Höherstufungen geschaffen werden müssen; im Augenblick bestünden lediglich noch verschiedene Auffassungen über die Reihenfolge der Verhandlungen über die angestrebten Ziele. Eine globale Verbesserung der Beamtenbezüge sei allerdings aus finanzpolitischen Gründen noch nicht akut.

Danach beantwortete der Redner noch einige Fragen aus der Versammlung; der Vorsitzende dankte ihm abschließend für sein Referat.

Die Kassenwartin Albrecht verlas nun den **K a s s e n b e r i c h t 1 9 6 6**.

A. S c h u c h m a n n, Mainz, verlas den Bericht der beiden Kassenprüfer J. W e s s e l und E. R o l l e, Karlsruhe, deren eingehende Prüfung keine Beanstandungen ergeben hatte, und beantragte die Entlastung, die von der Mitgliederversammlung bei zwei Stimmenthaltungen erteilt wurde. Die beiden Kassenprüfer wurden auch für das neue Geschäftsjahr bestätigt. Der **H a u s h a l t s v o r a n s c h l a g 1 9 6 7** wurde mit einer Gegenstimme genehmigt.

Zum nächsten Punkt der Tagesordnung: **B e r u f s b i l d - K o n z e p t i o n** gab der Vorsitzende unserer „Kommission für Berufs- und Ausbildungsfragen“, P. G l e i x n e r, München, einen ausführlichen Bericht über die Arbeit der Kommission, die am 19. 11. 1966 in Karlsruhe getagt hat, und insbesondere der sogenannten „Kleinen Kommission“. Deren vier Mitglieder — Gleixner, Randel, Tiedemann, Schuchmann — haben ihre Ausarbeitungen in einer Sitzung in Frankfurt a. M. am 18. 3. 1967 mit-

einander abgestimmt. Ein Arbeitsentwurf ging sodann an die Gesamtkommission, die diesen am 16. 5. 1967 in Aachen nochmals überprüft und überarbeitet hat. P. Gleixner gab in konzentrierter Form einen Überblick über den wesentlichen Inhalt der Ausarbeitung. Da eine Veröffentlichung des „Berufsbildes“, das unsere Arbeit, unseren Standort und unsere Wünsche und Ziele erstmals aus der Sicht unseres eigenen Berufsstandes heraus darstellt, noch im Laufe des Geschäftsjahres geplant ist, kann hier auf die Ausführungen von Kollegen Gleixner im einzelnen verzichtet werden. Es ist ohnehin vorgesehen, nach Fertigstellung des gedruckten „Berufsbildes“ jedem Mitglied ein Exemplar zu übersenden.

Die lebhafteste Diskussion, die sich an dieses Referat anschloß, bewies das große Interesse, das die Mitglieder dieser Frage entgegenbrachten; das Echo war durchweg positiv und manche Anregung wurde von der Kommission zur Kenntnis genommen und im übrigen in ihrer Nachmittagsitzung des gleichen Tages entsprechend ausgewertet.

Der Dank des Vorsitzenden an alle Kommissionsmitglieder für ihren selbstlosen Einsatz wurde von der Versammlung mit großem Beifall bekräftigt.

„Anträge“ lagen nicht vor. Zum Punkt „Verschiedenes“ referierten zunächst einige Mitglieder, die als Vertreter unseres Vereins in gemischten Kommissionen eingesetzt sind, über deren Arbeit.

A. Frank, Düsseldorf, berichtete von der „Kommission für Leihverkehrsfragen“; man bemühe sich um eine Formulierung zur Erläuterung der Leihverkehrsordnung, die als Sonderband zur ZfBB geplant sei; außerdem setze sich die Kommission für eine Vereinfachung der Benutzungsstatistik ein.

H. Helwig, Mannheim, berichtete über die „Einbandkommission“, der besonders die immer weiter ansteigenden Buchbinderpreise Sorge bereiten; einzelne Bibliotheken könnten bereits ihre Monographien nicht mehr binden lassen; ferner gab er interessante Erläuterungen über Beschaffenheit und Haltbarkeit des heutigen Papiers. Er erklärte sich übrigens bereit, etwaige Detailfragen in Einbandangelegenheiten aus Mitgliederkreisen jederzeit schriftlich beantworten zu wollen. Seine Anschrift: Bibliotheksamtman H. Helwig, 68 Mannheim, Pfalzplatz 22.

Von den nicht in Aachen anwesenden Kommissionsmitgliedern hatte W. Kayser, Hamburg, mitgeteilt, daß das „Bibliographische Kuratorium“ erst wieder im Juni 1967 tagen werde.

E. Hamann, Bonn, sandte einen Bericht über die Arbeit der „Bibliothekarischen Auslandsstelle“, den die Schriftführerin Geyer verlas. Er erläuterte die Zusammensetzung der BA, die von allen bibliothekarischen Fachverbänden gemeinsam getragen wird. Ihre Ziele: 1. Vertiefung der Kontakte mit ausländischen Kollegen durch Studienreisen und -aufenthalte in beiden Richtungen, 2. Stellenvermittlung deutscher Kollegen an ausländische Bibliotheken, wobei allerdings noch große Schwierigkeiten verschiedener Art zu überwinden seien.

Frau Hamann ist inzwischen auf eigenen Wunsch als Vertreterin der BA ausgeschieden. Die Nachfolgefrage wird noch geklärt.

Von der „Kommission für alphabetische Katalogisierung“ lag kein Bericht vor.

Der Vorsitzende dankte allen Vertretern unseres Vereins in den verschiedenen Kommissionen für ihre wertvolle Mitarbeit. Abschließend wies er darauf hin, daß im nächsten Jahr wieder Neuwahlen für Vorstand und Beiräte heranstehen und bat die Mitglieder, sich rechtzeitig Gedanken zu machen über die Aufstellung von sachkundigen und qualifizierten Kandidaten für die verschiedenen Ämter. Einzelheiten für die Durchführung der Wahlen werden im Rundschreiben 1967/3 veröffentlicht werden.

Mit einem Dank an die Aachener Kollegen für ihren erfolgreichen Einsatz bei der Durchführung des Bibliothekartages 1967 und einem nochmaligen Appell an alle Mitglieder zur tätigen Mitarbeit und zur Werbung neuer Mitglieder schloß der Vorsitzende um 12.45 Uhr die Mitgliederversammlung mit dem Wunsche: „Auf Wiedersehen beim 58. Deutschen Bibliothekartag 1968 in Karlsruhe.“

Am Nachmittag des 18. 5. traten nochmals zahlreiche Arbeitsgemeinschaften und Kommissionen teils zu offenen, teils zu geschlossenen Sitzungen zusammen. Erwähnt seien hier die von unserem Verein speziell für unsere Mitglieder durchgeführten Arbeitsgemeinschaften, die dem Erfahrungsaustausch und der Aussprache über die Arbeitspraktiken in den verschiedenen Bibliotheken und Bibliothekstypen dienen sollten.

Daß diese Arbeitsgemeinschaften lebhaftem Interesse begegneten und einem echten Bedürfnis entsprachen, bewies die durchweg rege Beteiligung.

A. Frank, Düsseldorf, leitete die „Arbeitsgemeinschaft für allgemeine Benutzungs- und Leihverkehrsfragen“, bei der er als Gast auch die Leiterin des Berliner Gesamtkataloges, Frau Dr. Rumpf, begrüßen konnte. Dem ersten Teil seiner Ausführungen legte er das Merkblatt der Bibliothek der Technischen Hochschule Aachen zugrunde, das dort aufliegt und eine Einführung in die dortige Bibliotheksbenutzung gibt. Davon ausgehend besprach er eine Reihe von Fragen aus dem Gebiet der Benutzung einer Bibliothek, wie Zulassung zur Ausleihe, Benutzungsgebühren, Buchbestellung, Sofortausleihe, Leihfrist, Mahngebühren, Vorbestellung u. a. m. In eingehender Diskussion wurden die entsprechenden Regelungen an anderen Bibliotheken besprochen und verglichen. Des weiteren befaßte sich Frank mit den soeben fertiggestellten Erläuterungen zur Leihverkehrsordnung und wies auf einige besondere Punkte daraus hin. Auch hierbei ergab sich eine lebhafteste Fragestellung und Aussprache.

Die „Arbeitsgemeinschaft der Institutsbibliothekare“ wurde von I. Raue, Frankfurt, geleitet. Zunächst wurden einige organisatorische Fragen geklärt und dann einstimmig beschlossen, eine neue Vorsitzende erst im kommenden Jahr zu wählen, um diese entsprechend der Wahl des Vereinsvorstandes unter regionalen Gesichtspunkten nominieren zu können. Anschließend folgten zwei Kurzreferate: F. Kayser-Petersen, Seminar für klassische Philologie der Freien Universität Berlin, sprach über die Erfahrungen, die dieses auf dem Gebiete der Vervielfältigung von Katalogkarten gemacht hat. Bei der anschließenden Diskussion wurden weitere wertvolle Anregungen gegeben und der Wunsch geäußert, eventuell in einem gesonderten Rundschreiben die verschiedenen Möglichkeiten einmal zusammenzufassen. Danach behandelte G. Greiner vom Max-Planck-Institut für ausländisches Privatrecht in Hamburg das Thema „Dokumentation in Institutsbibliotheken“, indem er über die Ergebnisse berichtete, die in seinem Institut bei speziellen Voruntersuchungen zu diesem Problem erzielt worden sind. Wenn auch das Projekt, das er entwickelte, in einem mittleren oder kleineren Institut kaum zu verwirklichen sein wird, so gaben seine Ausführungen doch einen anschaulichen Einblick in die Möglichkeiten auf dem Gebiete der Dokumentation. Als Thema für das dritte Treffen dieser Arbeitsgemeinschaft auf dem nächsten Bibliothekartag wurde „Der systematische Katalog in Institutsbibliotheken“ vorgeschlagen. Es fanden sich drei Mitglieder bereit, zu diesem Fragenkreis Stellung zu nehmen.

In der wiederum von den Kolleginnen E. Miksch und S. Richter von der Deutschen Bibliothek Frankfurt a. M. geleiteten „Arbeitsgemeinschaft für Titelaufnahme nach den neuen Regeln“ wurden folgende Themen eingehend behandelt: 1. Einrichtung eines neuen Kataloges nach den neuen Regeln 1966 ff. und die dadurch bedingte Verzahnung von AK I und AK II. Erklärung der maschinellen Datenverarbeitung im Hinblick auf die Titelaufnahme.

2. Mechanische Ordnung der Eintragungen. (Besonderheiten der Deutschen Bibliographie 1966 ff.). Einführung der Einheitszettel.  
3. Haupteintragung und Nebeneintragung unter den Korporativen Verfasser. Gebietskörperschaften. Kongresse. Gesetze. Auch hier zeigte die lebhafteste Diskussion, wie wertvoll und anregend ein solcher Erfahrungsaustausch ist.

Von allen Teilnehmern wurde die Durchführung dieser Arbeitsgemeinschaften dankbar begrüßt und ihre Fortsetzung und Ausweitung auf weitere Fachthemen angeregt. Es ist aus Raumgründen nicht möglich, hier noch über weitere Arbeitsgemeinschaften zu berichten, an denen auch Mitglieder unseres Vereins beteiligt waren. Da aber in der „Arbeitsgemeinschaft der Parlaments- und Behördenbibliotheken“ ein speziell unseren Dienst betreffendes Thema behandelt wurde, gab hierüber Kollege Fr. Schneider, Karlsruhe, folgenden Bericht: „In der Begrüßung betonte der Vorsitzende, Herr Dr. Kirchner, daß diese Sitzung im Hinblick auf das Treffen der Parlaments- und Behördenbibliothekare in Berlin im Oktober 1966 nur das Thema „Die Ausbildung der Bibliotheksanwärter des Bundes“ zum Gegenstand habe. In einem ausführlichen Referat berichtete Herr Krolinski von der Wehrbereichsbibliothek in Düsseldorf zu diesem Thema. Er gehörte zu den ersten Anwärtern für die Laufbahn des gehobenen Bibliotheksdienstes beim Bund, die 1963 begründet wurde, und bestand Anfang 1966 das Diplomexamen. So kann er über seine Erlebnisse bei der Ausbildung auf der einen Seite und über seine Eindrücke bei der praktischen Ausbildung der Anwärter — als Ausbilder — auf der anderen Seite referieren.

Bewerber für diese Ausbildung werden in einer Einstellungs- und Eignungsprüfung vor einem Auswahlsschuß im Bundesverwaltungsamt ausgewählt. Die Anwärter werden vom Bundesverwaltungsamt eingestellt, zu Bibliotheksinspektoranwärtern ernannt und nach der Laufbahnprüfung je nach Bedarf den einzelnen Bundesbehörden zugewiesen. Die Ausbildung dauert drei Jahre.

Nach der Ernennung zum Bibliotheksinspektoranwärter an wissenschaftlichen Bibliotheken läuft der Vorbereitungsdienst folgendermaßen ab:

Dreimonatiges Einführungssemester am Bibliothekar-Lehrinstitut des Landes Nordrhein-Westfalen an der Universität Köln. Abordnung vom Bundesverwaltungsamt an die an der Ausbildung beteiligten Bundesbibliotheken zur praktischen Ausbildung. Ausbildungsbibliotheken des Bundes sind die Bibliotheken des Deutschen Bundestages und des Auswärtigen Amtes in Bonn, die Bibliotheken des Bundesverfassungsgerichts und des Bundesgerichtshofes in Karlsruhe, die Zentralbibliothek der Bundeswehr in Düsseldorf und die Bibliothek des Deutschen Patentamtes in München. Dieser Ausbildungsabschnitt dauert insgesamt zwölf Monate, in denen die Anwärter jeweils für ein halbes Jahr an verschiedenen Bundesbibliotheken ausgebildet werden. Die restlichen fünf Monate der unmittelbaren Bibliothekspraxis sind an einer wissenschaftlichen Allgemeinbibliothek abzuleisten. Auf diese Weise haben die künftigen Bibliothekare bereits während des Vorbereitungsdienstes mindestens drei Bibliotheken kennengelernt und sich mit zwei für sie wichtigen Bibliothekstypen vertraut gemacht.

Darauf folgt ein einmonatiger Lehrgang über haushalts- und beamtenrechtliche Fragen im Bundesverwaltungsamt mit anschließender Prüfung.

Es folgen drei Semester theoretische Ausbildung am Bibliothekar-Lehrinstitut des Landes Nordrhein-Westfalen, die abgeschlossen wird mit der Diplomprüfung für den gehobenen Dienst an wissenschaftlichen Bibliotheken vor der Prüfungskommission des Bundes, die sich aus Angehörigen und Ausbildungsleitern des Bibliothekar-Lehrinstituts und Ausbildungsleitern des Bundes zusammensetzt.

Inzwischen habe es sich gezeigt, daß Bibliotheksinspektoranwärter, die ihre praktische Ausbildung in der Hauptsache an Bundesbehördenbibliotheken erhalten haben, nicht einseitig geprägt wurden, sondern vielmehr sei es geglückt, Verständnis für die besondere Situation der Behördenbibliotheken zu entwickeln.

Durch die Vielseitigkeit der Ausbildung seien inzwischen auch Universal- und Landesbibliotheken dazu übergegangen, ihre Bibliotheksinspektoranwärter in Bundesbibliotheken hospitieren zu lassen. Erfreulicherweise habe sich die Ausbildungspraxis in den verschiedenen Bibliothekstypen recht positiv entwickelt.

Mit der Neuwahl des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft wurde die Sitzung abgeschlossen. Für zwei weitere Jahre wurde Herr Dr. Kirchner, Direktor der Bibliothek des Bundesgerichtshofes in Karlsruhe, in seinem Amt bestätigt.“

#### *Beirat für Niedersachsen*

Der bisherige Beirat für Niedersachsen, Kollege Hans Schmidt, Hannover, hat aus privaten Gründen sein Amt niedergelegt. Bis zur Neuwahl 1968 wird Frau May Redlich von der Bibliothek der Landesregierung Hannover, die bei der letzten Wahl die nächsthöchste Stimmenzahl erhalten hatte, das Amt stellvertretend übernehmen.

Herrn Schmidt sei auch an dieser Stelle nochmals herzlich gedankt für seine langjährige, sachkundige und jederzeit hilfsbereite Mitarbeit in unserem Verein.

#### *Neue Mitglieder*

In den letzten Wochen ist eine erfreulich große Anzahl von Kolleginnen und Kollegen — es sind genau fünfzig — unserem Verein beigetreten. Als neue Mitglieder begrüßen wir hiermit herzlichst:

Ursula Abel, FUB Berlin

Marianne Baumgarten, UB Kiel

Angelika Beiersdorf, UB Kiel

Gerhard Brock, UB Tübingen

Barbara Budil, FUB Berlin

Dorothee Behne, TIB Hannover

Erika Borkowsky, Fa. Dr. Willmar Schwabe, Karlsruhe

Monica Dornreich, THB Aachen

Hildegard Engel, SB Marburg

Magdalena Gawlitta, UB Bonn

Brigitte Günther geb. Frein v. Salmuth, LB Stuttgart

Anita Hartmann, FUB Berlin

Ruth Haßdenteufel, UB Saarbrücken

Rudolf Hennig, LB Stuttgart

Wolfgang Hildenbrand, UB Saarbrücken

Walburg Holzwarth, LB Stuttgart

Herbert Hüsemann, SB Marburg

Barbara Hundt, ZK Stuttgart

Gisela Jacob, SB Bremen

Günter Jünemann, Philosoph. Seminar d. Univ. Münster

Gisela Jung, UB Saarbrücken

Sonni Keiner, Dt. Museum München

Monika Kern geb. Dietl, Staatl. B. Regensburg

Ingeborg Kohl, Bundestagsbibl. Bonn

Gunhild Kroll, Bibl. Akademie Berlin

Andrea Kunad, FUB Berlin

Dagmar Metzger, UB Konstanz

Elisabeth Monzel, UB Saarbrücken

Artur Ochs, UB Saarbrücken

Michael Ost, UB Freiburg

Evelyn Pfordt, UB Saarbrücken  
Evamarie Ristedt, Bundestagsbibl. Bonn  
Reinhard Röder, ZK Stuttgart  
Peter Samulski, TIB Hannover  
Irmgard Schauffler, LB Stuttgart  
Hildegard Schiffler, SB Marburg  
Helga Schilly, Bibl. Lehrinst. Köln bzw. UB Saarbrücken  
Gerda Schmahl, UB Saarbrücken  
Christian Schmidt-Casdorff, ST u. LB Dortmund  
Johanna Schmiedt, UB Heidelberg  
Renate Schoene, UB Bonn  
Ingeborg Suckow, Bundestagsbibl. Bonn  
Richard Toepel, UB Köln  
Konrad Vogelsang, Bibl. Akademie Berlin  
Heideloire Weisgerber, UB Saarbrücken  
Christiane Wichmann, Bibl. Akademie Berlin  
Gabriele Wißgott, AGB Berlin  
Jutta Wunn, Bibl. Lehrinst. Köln bzw. UB Saarbrücken  
Ingeborg Zeiske, Histor. Seminar d. Univ. Hamburg  
Heinrich Zimmermann, WHB Mannheim

(Abgeschlossen: 15. 6. 1967)

Allen Kolleginnen und Kollegen, die sich um die Gewinnung neuer Mitglieder für unseren Berufsverband bemüht haben und weiterhin bemühen, sei hiermit im Namen des Vorstandes herzlichst gedankt.

#### *Suchanzeige*

Von den nachgenannten Mitgliedern fehlt uns die Anschrift, da sie verzogen sind, ohne uns den Wohnsitzwechsel mitzuteilen. Wer die Genannten kennt, wird gebeten, uns die derzeitige Anschrift mitzuteilen:

Ingeborg Fritsch geb. Horský, zuletzt Duisburg, Lutherstr. 17  
Edith Haseloff, zuletzt Wi-Ho. B. Mannheim  
Gerhard Hoch, zuletzt SUB Hamburg  
Martin Seiler, zuletzt StUB Frankfurt  
Gertrud Trilk geb. Willert, zuletzt Reinbeck, Auf dem großen  
Ruhm 29.

Hugo Kaller